

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 35 (1994)
Heft: 15

Artikel: Anschlag auf die (relative) Pressefreiheit
Autor: Mati, Ljubomir
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1092931>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Ljubomir Matić zu den serbischen Medien

Anschlag auf die (relative) Pressefreiheit

Nicht nur die serbische Opposition, sondern auch ausländische politische Kreise setzen sich derzeit heftig zur Wehr gegen Versuche Belgrads, die unabhängige Tageszeitung «Borba» unter Kontrolle zu bringen. Wie weit dies zuweilen geht, macht eine Äusserung der Liga der Sozialdemokraten der Vojvodina deutlich: «Die Nationalsozialistische Besetzungsmacht des Slobodan Milošević, ihre Faschistenhelfer und die Camarilla der einheimischen Verräter versuchen im Rahmen ihres jüngsten Manövers zur Vernichtung alles Zivilisierten, Besonnenen und Progressiven im Osten des ehemaligen Jugoslawien, mit ihren Schweinereien auch noch eine der letzten Spuren von Leben in diesem Raum, die Tageszeitung «Borba», zu liquidieren...» Dem wird noch die Drohung beigefügt, dass derjenige (die Behörde), «der nicht auf die Worte hören will, die Feuerfarben vernehmen wird».

Natürlich hält sich der Grossteil der Opposition mit solch scharfer Rhetorik – vornehmlich Drohungen mit Waffengewalt – zurück, aber er hat in der Sache einen ebenso festen Stand eingenommen. Bedeutsam ist dabei die Tatsache, dass zu dieser Opposition auch die Führer von Parteien wie der Serbischen Erneuerungsbewegung (SPO) und des Bürgerbundes Serbiens (GSS) gehören, die gegenwärtig die Politik Belgrads zur Beendigung des Krieges unterstützen.

Es soll hier nicht näher erläutert werden, wie die Behörden versuchen, «Borba» unter ihre Kontrolle zu bekommen; denn damit würde der Leser lediglich in ein Labyrinth juristischer Hinterhältigkeiten geführt. Es reicht zu wissen, dass die Behörden mittels des zuständigen Wirtschaftsgerichts zu beweisen versuchen, dass «Borba» vor drei Jahren als Aktiengesellschaft nicht korrekt registriert worden sei. Zweck dieses Versuches ist es natürlich, die Eigentumsrechte an der Zeitung anderen Aktionären zu übertragen, die, wie Anhänger von «Borba» überzeugt sind, nur willige Ja-sager der regierenden Sozialistischen Partei seien. (Natürlich existierte «Borba» schon zuvor, doch damals unter der Kontrolle des Bundes der Kommunisten. Nach dem Zerfall Jugoslawiens wurde die Zeitung in eine Aktiengesellschaft

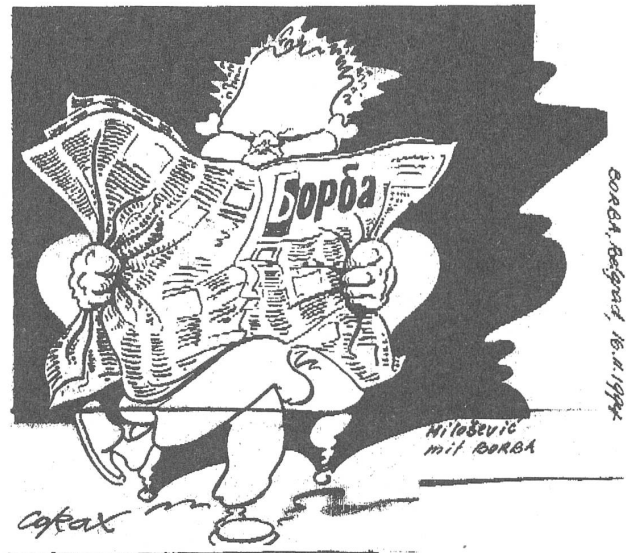
umgewandelt und konnte sich so der Kontrolle der Behörden entziehen.)

Weit bedeutsamer ist der Umstand, dass die Behörden sich in diesen drei Jahren nicht an der angeblichen Rechtswidrigkeit gestossen haben. Belgrad tolerierte nicht nur «Borba», sondern auch andere unabhängige Medien, weswegen viele ausländische Beobachter in dieser Hinsicht die Lage in Serbien besser einschätzten als in Tudjmans Kroatien, wo mit repressiven Mitteln jeder Versuch der Medien unterbunden wurde, sich gegen die offizielle Politik Zagrebs zu stellen.

Druck der unzufriedenen Massen?

Der Stellvertreter des Direktors von «Borba», Branislav Milošević (nicht verwandt mit dem serbischen Präsidenten), meinte gegenüber «Financial Times» zu den Aktivitäten Belgrads gegen seine Zeitung: «Das Handeln der Behörden gegen die Zeitung mag ein Präventivschlag sein, um möglichen Ausbrüchen von Unzufriedenheit in Serbien zuvorzukommen... Die Bevölkerung ist wirtschaftlich immer mehr gefährdet, der jugoslawische Dinar fängt nach fast einem Jahr der Stabilität an zu bröckeln. Der Schwarzmarkt existiert trotz drakonischen Strafandrohungen weiterhin. Stromkürzungen sind verordnet worden, und Knappheit bei den Hauptnahrungsmitteln wird immer häufiger. Präsident Milošević kann wachsendem Druck ausgesetzt werden, seine Politik gegenüber den bosnischen Serben zu überprüfen, wenn diese weitere Niederlagen auf dem Schlachtfeld hinnehmen müssen.» Damit widerspricht er allerdings der im selben Text geäusserten Vermutung, dass «dieses Verhalten auch Ausdruck des neu gewonnenen Selbstvertrauens des Präsidenten sei, da ihn die internationale Gemeinschaft immer mehr als den einzigen Politiker sieht, der bereit ist, zu einer friedlichen Lösung in Bosnien beizutragen».

Besser Informierte meinen allerdings, dies reiche nicht aus zur Erklärung der Aktion gegen «Borba». Die wirtschaftliche Lage Serbiens war im vergangenen Jahr unvergleichlich viel schlimmer als heute – und trotzdem konnte «Borba» ungehindert erscheinen. Auch die An-



Milošević mit Borba (aus: Borba, 16. 11. 94)

Der Grossteil der Opposition verurteilt die Versuche Belgrads, die unabhängigen Medien unter Kontrolle zu bringen.

Gleichzeitig mit der Kampagne gegen unabhängige Medien wurde der Radikalführer Sešelj von der politischen Bühne verbannt.

nahme, dass Milošević die internationale Anerkennung nur für seine eigenen innenpolitischen Zwecke missbrauche, reicht nicht, denn mit einem solchen Verhalten würde er ja die im Ausland erworbenen Pluspunkte wieder verlieren. Der internationale Journalistenbund und der internationale Zeitungsverlegerverband haben in einem Communiqué denn auch schon gewarnt: Miloševićs Bemühen um Frieden und Verständigung werde mit dem Druck auf die Zeitung in Zweifel gezogen.

Mit Niederlagen der bosnischen Serben wurde allerdings bereits vor drei Monaten gerechnet, als die Blockade gegen Karadžić verhängt worden war, da nichts anderes ihn dazu bewegen zu können schien, den Plan der internationalen Kontaktgruppe zu unterzeichnen. Tatsache ist auch, dass es seither zu keinem grösseren politischen Wandel gekommen ist. Mehr noch, alles deutet auf eine weitere Konsolidierung des Status quo nunc hin: Die Blockade der bosnischen Serben wird als bereits normaler Bestandteil des Alltags erlebt.

Fortsetzung Seite 18

Bosnien-Berichterstattung als Vorwand

Es trifft zu, dass der Druck auf die Medien erst nach dem Bruch mit Karadžić begann. Auch wenn dazu keine offiziellen Erklärungen vorliegen, so mögen dafür die Meldungen und Berichte über die Geschehnisse in Bosnien-Herzegowina, die Weiterverbreitung von Äusserungen Karadžićs und anderer bosnischer Serben sowie Berichte über die Missbilligung der Blockade gegen die bosnischen Serben eine Rolle gespielt haben. Es ist dabei aber auch festzuhalten, dass dies durch das Schweigen der von Belgrad abhängigen Medien zu bosnischen Belangen provoziert worden ist.

Gleichzeitig mit der Kampagne gegen unabhängige Medien wurde der Führer der serbischen Radikalen (SRS), Vojislav Šešelj, durch eine einmonatige Haftstrafe wegen Anzettelung von Krawallen in der Bundesversammlung von der politischen Bühne verbannt. Nach Verbüssung der Haft wurde er allerdings nicht freigelassen; denn die Bewährungsfrist jener bedingten Strafe, die er vor zwei Monaten wegen Beleidigung von Slobodan Milošević verhängt bekam, war noch nicht abgelaufen. So erwarten ihn nun noch weitere drei Monate Gefängnis. Und wegen seines üblen Rufs als extrem nationalistischer Politiker, der auch vor faschistischen Methoden nicht zurückschreckt, wurde Šešelj nicht nur die Unterstützung des Auslandes versagt, sondern er konnte auch nicht mit Sympathien des grössten Teils der einheimischen Opposition rechnen.

Gleiches in Montenegro

Praktisch identisch wickeln sich derzeit die Geschehnisse in der Republik Montenegro ab, von der eine volle Unterstützung der Politik Miloševićs erwartet wird. Auch dort werden die «ungehorsamen» Medien unter Druck gesetzt, und einer der angesehensten Radikalenabgeordneten, Ratomir Visnjić, wurde ebenfalls zu einer Gefängnisstrafe verurteilt — wegen Beleidigung des montenegrinischen Regierungspräsidenten Milo Djukanović.

Ohne grösseres Aufsehen ist die Entlassung von Aleksandar Tijanić als Chefredaktor von TV-Politika, das zum Medienkonzern Politika gehört, vonstatten gegangen. Ihm war vorgeworfen worden, Auftritte von Šešelj in Fernsehsendungen gestattet zu haben, in denen dieser sich ausserordentlich beleidigend über Präsident Milošević geäussert habe. So hatte Šešelj Milošević wegen dessen Bruchs mit Karadžić als «den grössten serbischen Kriminellen und Verräter» bezeichnet. Das brachte Šešelj denn auch die bedingte Strafe ein. Das relativ geringe Strafmass bedeutet aber auch,

dass diese Beschimpfungen Milošević offenbar nicht in dem Masse störten, dass sie die Absetzung des Chefredaktors des Senders rechtfertigen würden. Vielmehr ging es wohl eher darum, dass das bis anhin relativ unabhängige Programm von TV-Politika nach der Kündigung Tijanićs immer mehr unter den Einfluss der regierenden Sozialisten gebracht werden konnte.

Auch Studio B betroffen

Danach kam ein anderer unabhängiger Fernsehsender an die Reihe, nämlich Studio B, gegen den kombinierte Massnahmen ergriffen wurden. Administrative Störungen (Abdrängung von der zuvor erteilten Wellenlänge) und Schüren der Unzufriedenheit unter den stillen Teilhabern des Programms wegen «nicht zufriedenstellender finanzieller Ergebnisse». Chefredaktor Dragan Kojadinović wandte sich daraufhin in einem Brief an leitende politische Persönlichkeiten und Weltorganisationen, in dem er sie über den Druck der Behörden informierte und um Unterstützung bat.

Die Antwort liess nicht lange auf sich warten. Mit einem Brief an den «jugoslawischen» Informationssekretär (Ministerrang) teilte der stellvertretende UNESCO-Generalsekretär für Kommunikation, Information und Informatik, Henrikas Yuskivaitis, seine «tiefe Besorgnis wegen der neuesten Entschlüsse» mit, die «Ihre Staatsbehörde im Zusammenhang mit der Pressefreiheit in der Bundesrepublik Jugoslawien getroffen hat... In Einklang mit unserem statutarischen Mandat, womit wir die Hilfe zur freien Verbreitung von Ideen in Wort und Bild verstehen, appelliere ich an Ihre Regierung, alles zu unternehmen, damit die Unabhängigkeit und der Pluralismus der Medien in Ihrem Land gewährleistet sind und besonders alle nötigen Schritte unternommen werden, dass «Borba» und Studio B ohne Behinderung, die die Medienfreiheit beeinträchtigen könnte, weiterhin gedruckt bzw. ausgestrahlt werden können».

Praktisch identisch wickeln sich derzeit die Geschehnisse in der Republik Montenegro ab.

Ungewisser Ausgang

Falsch wäre indessen, den Druck der Behörden auf die Medien mit der «neuen bosnischen Politik» Belgrads zu verbinden. «Bosnien», meint ein Diplomat aus der «jugoslawischen» Nachbarschaft, «ist für Milošević eine abgeschlossene Episode, er ebnet jetzt den Boden für weitere Beschlüsse, mit denen eine allgemeine Beschwichtigung der Lage im Gebiet des ehemaligen Jugoslawien angestrebt wird. Diese Massnahmen werden für viele in Serbien nicht willkommen sein, und «Borba» sowie ihr verwandte Medien mögen mit ihren Darstellungen lediglich im voraus ein Klima schaffen, das einem Beitrag zum Missmut gleichkommt.»

Gerade in der Befürchtung solcher Beschlüsse wurzeln allem Anschein nach eine neue Bewegung der Serben im Kosovo und die massive Unterzeichnung einer Petition, die eine «Säuberung der Verhältnisse in der Provinz» fordert. «Wenn Milošević den Serben in Bosnien den Rücken gekehrt hat, wo diese über eine Million ausmachen, was wird er erst mit uns tun, die auf dem Kosovo weniger als 200 000 sind», meinte einer der Initianten. Es wird kritisiert, dass Milošević seine Versprechungen nicht erfüllt habe, dass sich die Kosovo-Albaner immer besser organisieren (sie haben praktisch eine parallele Behörde aufgebaut), dass die Albaner immer stärker werden (was zum Teil auch auf Drogen-, Waffen- und Geldschmuggel zurückzuführen ist). Und auch die Aufforderung Belgrads an die Unzufriedene, sie sollten «von Belgrad nicht alles erwarten, sondern die Dinge mit eigenen Kräften lösen», wird von den Kosovo-Serben als Beweis interpretiert, dass Belgrad sie abgeschlossen habe.

Wie auch immer die Auseinandersetzungen um «Borba» schliesslich enden werden, bis es zum endgültigen Frieden kommt, wird es noch zahlreiche schwierigere Hürden zu überwinden gelten. Das aber ist wieder eine andere Geschichte, die wohl in einer anderen Zeitschrift erörtert werden wird. ■

Falsch wäre indessen, den Druck der Behörden auf die Medien mit der «neuen bosnischen Politik» Belgrads zu verbinden.

STEIGER
DRUCK AG
BERN



Moserstrasse 31
3014 Bern
Telefon 031 331 27 75

... Steiger druckt's